

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

9.11.1929 (No. 262)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Klenz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Verlagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Volksbegehren „Freiheitsgesetz“

Der Abstimmungsaußschuß des 32. Stimmkreises (Baden), unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Walz, ist heute, Samstag, 9. November 1929, im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses beim Eintragungsverfahren zu obigem Volksbegehren zusammengetreten. Nach Prüfung der vorliegenden Eintragungslisten wurde folgendes ermittelt:

Es waren in Baden 33 248 Eintragungen zu verzeichnen, hiervon wurden 138 Eintragungen für ungültig erklärt, so daß die gültigen Eintragungen sich auf 33 110 belaufen.

Vertrauensvotum für die Regierung Tardieu

Eine große Rede Briands — Der Vorbehalt Tardieus

Paris, 9. Nov. (Tel.) Die Kammer hat nach einer Nachprüfung mit 332 gegen 253 Stimmen eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung Thomsons angenommen. Die Sitzung war um 5.10 Uhr zu Ende.

Zu der französischen Kammer hielt Außenminister Briand am Freitagabend seine angekündigte große Rede über die Außenpolitik. Die Rede wurde ein großer rhetorischer Erfolg und fand nahezu einmütigen Beifall, trotz seines Bekenntnisses zur Verständigung, seiner korrekten Stellungnahme in der Räumungsfrage, in der Saarfrage und seiner Zurückweisung der Behauptungen Franklin-Duellons.

Er erklärte er, daß die Mobilisierung der deutschen Reparationsfonds nicht im Nachbereich Deutschlands liege und ihm infolgedessen auch nicht als Bedingung für die Räumung auferlegt werden könne. Der Reichstag müsse lediglich die Einnahmen der Reichsbahn-Gesellschaft zur Deckung für diese Obligationen bereitstellen. Er sagte sich also eindeutig von der Abgabe der Rechte los, daß die Ratifizierung des Youngplans durch den Reichstag samt der Annahme der dazugehörigen Gesetze als Vorbedingung für die Räumung nicht genüge. Freilich erwähnte er den im Haag genannten Räumungstermin vom 30. Juni mit keinem Wort. Er behauptete weiterhin mit Energie sein Recht, die Verhandlungen über die Saar mit Deutschland zu beginnen. Er wies nicht nur die verschiedenen Angriffe des Abgeordneten Franklin-Duellon über angebliche Aufmarschvorbereitungen Deutschlands in der demilitarisierten Zone zurück, sondern zeigte sich auch bestrebt, die Tragweite der Einzeichnungen für das Volksbegehren auf das richtige Maß zurückzuführen. Auf diese Weise machte er viele von den Worten wieder gut, die in den letzten zwei Tagen in der Kammer über Deutschland gefallen sind.

Einleitend betonte er, daß die französische Außenpolitik dieselbe bleibe, eine Politik der Würde und der Festigkeit. Er habe alle seine Bemühungen zusammen mit Dr. Stresemann ausgeübt. Ihre feinsten Gedanken, Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten. Aber gibt es denn in Frankreich einen vernünftigen Menschen, welcher wünschen könnte, daß der Zutritt zum Völkerbund einem Volke von 70 Millionen Menschen verweigert bleibe? Also hat Deutschland auf gleichem Fuße mit uns verhandeln können und hat, was sehr natürlich war, Forderungen gestellt. Der Versailler Vertrag besagt nicht, daß Frankreich oder England oder Belgien das Rheinland besetze, sondern er sagt, daß die drei Nationen es solidarisch besetzen.

Ich will nicht zusehen, wie man ein Werk zerstört, das ich als gültig für mein Land betrachte.

Die Räumung der dritten Zone ist nicht begonnen worden, was man auch immer darüber gesagt haben mag. Es hat lediglich Truppenbewegungen gegeben, ohne daß die Zahl der 80 000 Mann im Rheinland verringert worden wäre. Wir haben das Recht, von Deutschland zu verlangen, daß es allen guten Willen für die Kommerzialisierung zeigt. Kommerzialisierung heißt, daß die Reparationen von dem politischen auf das wirtschaftliche Gebiet übergehen. Aber man kann nicht von Deutschland etwas verlangen, was nicht von ihm abhängt. Nur die Internationale Bank kann die Bonds unterbringen. Der Reichstag muß lediglich die Einnahmen der Eisenbahn zur Deckung dieser Obligationen bereitstellen.

Gewiß, man muß Vorsichtsmaßnahmen ergreifen. Frankreich darf immer nur auf sich selbst zählen. Ohne Vertrauen macht man aber keinen Frieden. Gewiß, Deutschland hat seine Abrechnungen, es hat Herrn Eugenberg, der Dr. Stresemann so behandelte, wie gewisse französische Eugenbergs mich behandeln. Sein Vorschlag hat vier Millionen Stimmen bekommen, aber die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der Volkstschied vor Ende Dezember stattfinden wird, und daß der Reichstag inzwischen alle zur Ausführung des Youngplans nötigen Maßnahmen verabschiedet haben wird. Aber was bedeuteten 4 Millionen Stimmen, die unter einem gewaltigen Druck zusammengebracht worden seien, gegenüber 70 Millionen Deutschen und 42 Millionen Stimmberechtigten?

Briand geht hierauf kurz auf das Saarproblem ein, das zum erstenmal vom Kabinett Bonicars in Angriff genommen wurde. Siege es nicht im Interesse Lothringens und Frankreichs, die Wirtschafts- und Zollfragen zum Besten der beiden

Letzte Nachrichten

Die Opposition der englischen Zechenbesitzer

London, 9. Nov. (Tel.) Laut „Daily News“ sieht das Kabinett die Lage, die durch die Weigerung der Zechenbesitzer, mit den Bergarbeitern in eine Bepreisung einzutreten, entstanden ist, für ernst an. Es wurde den Ministern zum Ausdruck gebracht, daß keine Hoffnung darauf besteht, daß die Zechenbesitzer ihre Haltung ändern werden, und das Kabinett geht daher unter der Voraussetzung vor, daß alles, was es unternimmt, ohne Zustimmung der Zechenbesitzer geschehen wird. In manchen Kreisen hofft man jedoch — dem genannten Blatt zufolge — immer noch, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Zechenbesitzer zur Mitarbeit an den gesetzgeberischen Maßnahmen zur Besserung der Lage des Bergbaues zu bestimmen.

Skandal in Amerika

Verurteilung eines Bankinspektors

New York, 9. Nov. (Tel.) Der frühere Bankinspektor des Staates New York, Frank H. Warner, wurde zu einer Gefängnisstrafe von fünf bis zehn Jahren verurteilt, weil er von der City Trust Comp., die im vergangenen Februar mit ungedeckten Verbindlichkeiten in Höhe von 5 Millionen Dollars zusammengebrochen ist, Bestechungsgelder angenommen hatte, die gezahlt wurden um einer Revision der Bücher vorzubeugen. Aus dem von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Belastungsmaterial ergab sich, daß Warner von dem Präsidenten der verfallenen Bank mindestens 73 000 Dollars in bar und zahlreiche kostspielige Geschenke, wie z. B. ein Auto und eine Wohnungseinrichtung angenommen hatte.

Die Bekämpfung des Volksbegehrens in Preußen

Bekanntlich hatte die Preussische Staatsregierung zur Bekämpfung des Volksbegehrens einen Erlaß an alle nachgeordneten Dienststellen zur Weiterverbreitung erlassen, der den Beamten das Eintreten für das Volksbegehren untersagte. Wie der „Botan.“ jetzt mitteilt, hat der Regierungs-Präsident, Fehrmann, bei der Regierung in Merseburg dem preussischen Staatsminister auf dem Dienstwege mitgeteilt, daß die Anweisung an ihn zur Weitergabe eines Erlasses des Staatsministeriums an die Beamten rechtsunverbindlich wäre. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ soll Fehrmann von seinem Posten abberufen werden.

Auch der Bürgermeister Doffein erklärte, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, daß durch diese Verfügung auf die Beamten ein gewisser Druck ausgeübt werde. Aus diesem Grunde habe er die Anweisung gegeben, die fragliche Verfügung nicht durch Unterschrift zu bestätigen.

Nationen zu regeln? Frankreich allein habe nicht das Recht, das Schicksal der Saarbevölkerung zu regeln. Es wäre etwas unerhörtes, wollte man die Verträge ignorieren (lebhafter Beifall). Zum Schluß wandte sich Briand direkt an die Kammer und forderte sie auf, sich zu äußern. Wenn das Parlament glaubt, daß Frankreich schlecht beraten ist, möge es Frankreich einen anderen Weg führen. Dann möge es die Abkommen vom Haag und den Youngplan zerreißen, dann möge es die französischen Truppen im Rheinland behalten und an Stelle von Konzessionen das Kriegsrecht heben. Ich, der Außenminister, erkläre aber, daß diese Politik nicht die meinige ist. Sie rückt den Frieden in die Ferne, sie wird uns dem Ausland gegenüber in eine wenig schmeichelhafte Lage bringen. Ich werde diese Politik niemals betreiben. Wenn die Kammer bereits jetzt entgegengekehrter Ansicht ist, soll sie gar nicht erst die Unterbreitung der Abkommen abwarten, sondern erklären, diese Politik sei schlecht. Sie soll sie ablehnen, und mich mit ihr (lebhafter Beifall auf allen Seiten).

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Ministerpräsident Tardieu, die vorausgegangene Regierung habe bereits bemerkt, daß die Truppenbewegungen mit der Räumung zusammenhängen. Damit diese innerhalb acht Monaten erfolge, sei die Ratifizierung des Youngplans und dessen Inkraftsetzung notwendig. Der Zeitpunkt vom 30. Juni sei im Haag festgesetzt worden, weil man damals noch nicht den Tod Stresemanns und die französische Kabinettskrise voraus sah. Man habe geglaubt, daß die Frist bereits im Jahre 1929 laufen würde, aber es sei vollkommen klar, daß in der gegenwärtigen Lage, wo noch keine Ratifizierung erfolgt sei, die Frist noch nicht laufe und der Zeitpunkt vorbehalten bleibe (lebhafter Beifall).

Die Abstimmung über die Tagesordnung Thomsons (Mad. Linke), die der Regierung unter Ablehnung jedes weiteren Zusatzes das Vertrauen ausdrückt, und heute morgen 5 1/2 Uhr vorgenommen wurde, ergab, wie gemeldet, 332 für und 253 gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung lautet:

„Die Kammer nimmt von den Erklärungen der Regierung Kenntnis. Sie bringt ihr das Vertrauen entgegen, daß sie die Achtung der grundlegenden Gesetze der Republik gewährleisten, den industriellen und landwirtschaftlichen Wohlstand des Landes steigern und den Frieden im Innern und die Annäherung der Völker fördern werde, lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.“

Der sozialistische Abg. Urey schlug zu dieser Tagesordnung einen Zusatz vor, der die Laienpolitik ausdrücklich festlegen soll. Ministerpräsident Tardieu lehnte dies ab und stellte gegen den Zusatz die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte den Zusatz mit 327 gegen 256 Stimmen ab.

*Ein Sieg außenpolitischer Vernunft in Frankreich

Briand hat gestern seine mit besonderer Spannung erwartete Rede vor der Kammer gehalten. Sie wird nicht mit Unrecht als der rhetorische Gipfelpunkt seiner staatsmännischen Laufbahn betrachtet. Nach den Berichten der Augenzeugen war sie so meisterhaft angelegt und im einzelnen so glänzend durchgeführt, daß man die Annahme des Vertrauensvotums durch die Kammer bereits voraussetzen konnte. Dieses Vertrauensvotum ist heute nacht mit 332 gegen 253 Stimmen bewilligt worden.

Aber Briands Rede war nicht nur rhetorisch ein Meisterstück, sie war es auch in politischer Hinsicht. Und Deutschland darf mit ihr zufrieden sein. Briand hat rhetorisch alles getan, um auch die Rechtsparteien der Regierungskoalition für sich und seine Auffassungen zu gewinnen. Aber im übrigen hat er auch alles getan, um seine bisherige Außenpolitik zu rechtfertigen und von neuem mit den besten Argumenten zu untermauern. Ein Abweichen vom Youngplan ist in dieser Rede Briands nirgends zu spüren. Im Gegenteil! Briand stellt nochmals mit allem Nachdruck fest, daß geräumt werden muß. Sobald die deutschen Verpflichtungen niedergelegt sind, werde die Räumung der dritten Zone beginnen.

Zur Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gehört es, daß der Youngplan von uns ratifiziert wird. Einstweilen steht dieser Ratifizierung der durch das Hugenbergische Volksbegehren notwendig gewordene, für den 15. Dezember in Aussicht genommene Volksentscheid als Hindernis entgegen. Doch ist dieses Hindernis nur rein stimmungsmäßig zu bewerten, praktische Bedeutung im Sinne einer unmöglichen Ablehnung des Youngplans wird der Volksentscheid nicht haben. Das weiß man in Frankreich nur zu gut. Und ebenso weiß man, daß jene 4 Millionen in Deutschland, die den Youngplan ablehnen, ziffernmäßig kaum ins Gewicht fallen gegenüber den 36 Millionen, die entweder den Youngplan und die ihm zugrunde liegende Politik billigen oder schweigend hinzunehmen gewillt sind.

Ferner soll der Youngplan finanztechnisch in Gang gesetzt werden. Ein Streit über diese Inangangsetzung besteht heute nicht mehr, da bereits von französischer Seite erklärt worden ist, daß Deutschland seinen Pflichten nachgekommen sein würde, wenn es die im Youngplan vorgesehenen Bedingungen rein formaler Art erfüllt habe; die Mobilisierung der Schuld sei Sache der Bank, und Deutschland könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Das ist der einzig mögliche und korrekte Standpunkt. Schwierigkeiten können sich in diesem Betracht nun nicht mehr ergeben.

Die einzige Schwierigkeit wäre die, daß sowohl in Deutschland wie in Frankreich eine Mehrheit den ganzen Youngplan ablehnt oder ihn in einer Weise interpretiert, daß er in sich zusammenbricht. Für Deutschland ist solches, wie wir eben ausführten, nicht zu befürchten. Was Frankreich betrifft, so wäre es denkbar gewesen, daß in der Kammer eine Mehrheit den Youngplan in seiner Gesamtheit abgelehnt oder den Auffassungen Briands so sehr widersprochen hätte, daß sich daraus eine neue Regierungskrise ergeben hätte. Auch dann wäre noch lange nicht alles verloren gewesen, da dann wohl bestimmt eine nach links gerichtete Mehrheit die Regierung in Frankreich gebildet und dem Plan zur Annahme verholfen hätte. Es ist eben doch Tatsache, daß rein ziffernmäßig eine ausreichende Mehrheit in der französischen Kammer für die Briandsche Politik des Youngplans vorhanden ist. Aber es hätte neue, unangenehme Verwicklungen und neue Aufschübe geben können.

Sie sind durch das Resultat der gestrigen Kammer-sitzung, die sich bis heute früh 5 Uhr hinzog, vermieden worden. Der Ministerpräsident, Herr Tardieu, hat nach der Rede Briands mit bemerkenswerter Entschiedenheit festgestellt, daß das gesamte Kabinett eines Sinnes sei. Briands Rede ist also als eine Kundgebung des gesamten Kabinetts aufzufassen. Wenn Tardieu an einer andern Stelle sagte, daß der Termin des 30. Juni unter Umständen überschritten werden könne, falls nämlich die Verpflichtungen durch Deutschland nicht rechtzeitig erfüllt würden, so ist das ja eine Selbstverständlichkeit.

Eine Konzeption hat das Kabinett der Rechte machen müssen: es hat das Problem der Sicherheit nochmals in den Vordergrund der Diskussion gehoben; gleichzeitig aber die Rechte damit zu fangen gewußt, daß es den Standpunkt vertrat, jene Sicherheit werde am besten durch militärische Maßnahmen (Befestigung der Ost-

grenze) und durch politische Mittel (Youngplan usw.) garantiert. Wir brauchen uns in diese Diskussion zunächst nicht einzumischen. Wir werden die Sicherheit Frankreichs nicht bedrohen. Und es brauchte unferntwegen nicht Milliarden und Milliarden für die Befestigung seiner Ostgrenze aufzuwenden. Aber wir wissen ja nur zu gut, daß die Frage der militärischen Sicherheit eine Angelegenheit ist, die im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage erledigt werden muß. Und diese ist ja ein Weltproblem und nicht etwa ein Problem, das nur Deutschland und Frankreich angeht.

Die Schweiz Sitz der Internationalen Zahlungsbank

Das Organisationskomitee für die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, das seit dem 8. Oktober in Baden-Baden tagt, hat zur Frage des Domizils der Bank am Freitag beschlossen, die Schweiz zu bestimmen. Belgien opponierte.

Die Verhaftung Lampels

Der Dramatiker Peter Martin Lampel, der, wie gemeldet, am Freitagvormittag in Berlin festgenommen worden ist, wird nach Weingarten übergeführt und in das dortige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Lampel wird im Zusammenhang mit einer neuen Memorandaffäre beschuldigt, den tödlichen Schuß auf das Opfer abgegeben zu haben. Durch vorzeitige Pressemeldungen sind, wie der Untersuchungsrichter in Weingarten mitteilt, leider zwei weitere Personen, die an dem Mord beteiligt waren, genannt worden und halten sich verborgen.

Lampel ist 1894 in Schlesien als Sohn eines Pfarrers geboren. Vor seinem raschen Bekanntwerden als Schriftsteller hat er dem Freikorps Oberland angehört. Vier Wochen gehörte er auch der Thüringer Landespolizei als Wachtmeister an, mußte aber ausscheiden, weil der zuständige Polizeiarzt ihn als schweren Psychopathen bezeichnete. Daraufhin erholte er beim Reichsministerium des Innern Anzeige gegen die Thüringer Landespolizei, die er des Hochverrats beschuldigte. Später entwickelte sich Lampel ganz nach links. Sein dramatisches Werk „Revolte im Erziehungsheim“ hatte ihn ins Lager der Kommunisten gebracht, wo nun die Enttäuschung groß war, als sich Lampel in seinem gegenwärtig in Berlin aufgeführten Stück „Die Pennäler“ wieder von der kommunistischen Doktrin entfernte.

Lampel hat vor kurzem einen Roman „Verratenen Jungen“ veröffentlicht, in dem er die durch die Prozesse der letzten Jahre aufgefällten und im Prinzip schon historisch gewordenen Verhältnisse bei der sog. „Schwarzen Reichswehr“ schildert. Sein Roman macht den Eindruck von Selbsterlebtem und richtet sich bei der heutigen Einstellung Lampels gegen die damalige Atmosphäre von Verrückung und moralischer Zerrüttung.

Der Reichspräsident fährt zur Taufe seines Arentfels. Reichspräsident von Hindenburg hat sich heute, Samstag, vormittag nach Groß-Justin (Bezirk Stettin) begeben, um dort an der Taufe seines Arentfels von Brodhusen teilzunehmen. Er wird in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder nach Berlin zurückkehren.

Vertagung der Ehegerichtsreform. In einer Parteiführerbesprechung in Berlin kam man überein, die Ehegerichtsreform nicht als dringlich zu behandeln. Das bedeutet eine Vertagung bis mindestens August nächsten Jahres.

SPD-Reichstagsabgeordnete tritt zur SPD über. Die „Note Kahne“ veröffentlicht eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Maria Neefe, mit der sie ihren Austritt von der Sozialdemokratie zur kommunistischen Partei begründet.

Max Böhl, von dem gemeldet wurde, er sei in Rußland beschollen, ist wieder aufgetaucht. Er war zur Erholung in Kaukasus und befindet sich jetzt auf dem Wege nach Moskau.

Entfestigungsarbeiten im Brückenkopf Kehl. Die während des Krieges im Umkreis der Stadt Kehl entstandenen Vereinstschaffräume, Munitionslager, Stützpunkte usw. sind vor einigen Jahren schon zum großen Teil gesprengt worden. Andere mußten bestehen bleiben, wie z. B. der Ringstützpunkt zwischen Fort Mose und Fort Kirchbach und das Zwischenwerk an der Kirche nach Marlen. Jetzt hat das Reichsbermögensamt Landbau die Entfestigung des Ringstützpunktes aufgeschrieben. Die Niederlegung der drei Forts und des Kleinen von der Festungszeit Kehls herrührenden Brückenkopfes am Eingang der Eisenbahnbrücke soll alsbald nach Räumung des Brückenkopfes Kehl erfolgen.

1. Badisches Bruckner-Fest

Allen Prophezeiungen zum Trotz erweisen Bruckners Werke allmählich ihre ungeheure Wirkungskraft, ja, sie werden noch für manche Jahre die große Entdeckung sein; denn gar vieles — wir denken zunächst an die Vokalwerke, die bei der kirchenmusikalischen Andacht in St. Stephan zur Aufführung kamen — ist bis heute fast unbekannt. Doch auch die Sinfonien zeigen immer mehr, daß Bruckner in der Tat einer jener einmaligen Geister ist, die das Gesicht ihrer Epoche bestimmen, die aber nicht minder für unsere Gegenwart die Mäße von der kalten Sachlichkeit, von der herzlosen Objektivität widerlegen.

Wenn wir nur einmal die Gesangsschöpfungen, die Direktor Franz Philipp für die

Kirchenmusikalische Andacht

ausgewählt hatte, näher betrachten, so bekunden schon sie das Wort Ernst Kurths, der das Gesamtwerk des Meisters den „geschichtlich bedeutungsvollsten künstlerischen Niederschlag der abendländischen Musik überhaupt“ nannte. Zwar birgt fürs erste solch absolute Schätzung die Gefahr subjektiver Willkür, aber man wird doch gerade bei der geistlichen Musik und insbesondere unter der katholischen Literatur kaum etwas finden, das sich ihnen an die Seite stellen läßt. Gewiß, schon Palestrina und Orlando di Lasso's Kirchenwerke haben ihrer Zeit getreut und repräsentieren einen klassischen Stil. Sie werden sicherlich auch nie durch Bruckner ganz verdrängt werden können, zumal er doch stilistisch an sie angeknüpft hat und über die barocke Konzertante Messen- und Motettenmusik des 17. und 18. Jahrhunderts erst seinen eigenen Weg suchte. Und er ist auch im Grunde wie sie noch ein mittelalterlicher Mensch, der ein unmittelbares Verhältnis zu Gott besitzt und allem modernen Bildungschritentum fernsteht. Jedoch weit mehr als sie ist er frei und kühn im persönlichen Ausdruck und ist daher nicht nur derselbe mythische Ränder feierlicher Zusammenkünfte, sondern ein viel gewaltigerer Überdauerer, der zugleich über das Gesetz von deren rein organischen Zusammenhängen weit hinausgriff.

Die Beisetzung des Prinzen Max von Baden Trauerfeier in Salem

Am Tage der Beisetzung des Prinzen Max von Baden setzte schon bald nach 12 Uhr ein zahlreiches Kommen ein. Aus der ganzen Gegend strömte die Bevölkerung nach Salem. Im Verlauf nahm von 12 Uhr an Markgraf Berthold von Baden die Kondolenz zahlreicher Abordnungen aus allen Teilen des Landes entgegen. Weiter fanden zu Beginn der Trauerfeier Kranzniederlegungen am Sarge statt.

Punkt 12 Uhr begann die Trauerfeier, zu der sich die gemeldeten Vertreter der Reichsregierung, der Landesregierung und zahlreiche Abordnungen von Behörden, der Reichswehr, der drei Landesuniversitäten usw. eingefunden hatten. Als die standesherliche Familie, geführt vom Prinzen Berthold, und ihr folgend die künftlichen Trauergäste den Saal verließen, erklangen leises Orgelspiel. Nach einem Choral nahm Prälat Dr. Schmitthener das Wort zu seiner Gedächtnisrede. Seine warmempfundenen, von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worte gaben ein Bild von dem verstorbenen Prinzen in seiner Eigenschaft als Politiker und Mensch. Aufgeschlossen dem Leben und seinen Bedürfnissen hat ihn das badische Volk lieb gewonnen. Auch als Politiker sei er stark anregend gewesen, und Deutschland und die ganze Welt habe aufgehört, wenn er Rat erteilte für lebenswichtige Fragen der Kriegspolitik. Als er das Reichsanzugamt übernommen hat, sei sein heißes Ringen, noch aufzuhalten, was zusammenbrechen wollte, vergeblich gewesen, weil es zu spät war.

Unter feierlichem Glockengeläute formierte sich dann ein unübersehbarer Trauerzug. An seiner Spitze standen die Förster, Güteraufseher, Beamten, Angestellten und Arbeiter der markgräflichen Verwaltung. Es folgten dann die Salerner Vereine, die Pressevertreter, Vertreter der Landespolizei, Vertreter der Regimenter, der Reichswehr, die Grundherren, die evangelische und katholische Geistlichkeit. Auf diese folgte dann der mit sechs Pferden bespannte Leichenzug. Unmittelbar danach kamen die standesherlichen Familien, geführt von Hofmarschall von Hornstein, denen sich die künftlichen Angehörigen angeschlossen. Die frühere Großherzogin von Baden und die Herzogin von Cumberland fuhren im Auto im Zuge. Es folgten dann der Vertreter des Königs von Schweden, der schwedische Gesandte in Berlin, sowie der Vertreter des Großherzogs von Luxemburg. Ihm folgten die anwesenden Mitglieder und Vertreter der Reichs- und badischen Staatsregierung (sie war mit Ausnahme des erkrankten Ministers Dr. Trunt vollständig erschienen) sowie Weibsbildbürger, Landtagsmitglieder, Vertreter der drei badischen Hochschulen Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg, der Gemeinderat von Salem, zahlreiche Mitglieder der Gemeindefolgen der umliegenden Städte Rontheim, Neersburg, Überlingen usw. und sonstige Trauergäste.

Der Zug bewegte sich bis zur Gruft durch eine ungeheure Menschenmenge, die die Wege umsaumte. Am Grabe selbst nahm Prälat Dr. Schmitthener die Einsegnung der Leiche vor und sprach dann das evangelische Glaubensbekenntnis. Langsam wurde der Sarg mit der sterblichen Hülle des Prinzen Max von Baden in die mit Tannen geschmückte Gruft hinabgelassen. Nach kurzem, stillen Verweilen am Grabe begaben sich die Trauergäste zum Schloß zurück.

Noch bis in die späten Abendstunden war das Grab das Ziel Tausender von Menschen, die Abschied nahmen von dem Toten, der sich im Seekreis und im ganzen badischen Lande wärmster Jüngung erfreute. Auf dem Grabe türmte sich ein großer Wall von Kränzen auf, unter denen die der Reichsregierung und des Reichspräsidenten, der badischen Staatsregierung, zahlreicher badischer Städte und der drei badischen Hochschulen besonders bemerkenswert waren.

700 Todesopfer in Guatemala

W.B. New York, 9. Nov. (Tel.) Associated Press berichtet aus Guatemala, daß die Opfer der Vulkankatastrophe jetzt auf etwa 700 geschätzt werden. Die wirkliche Anzahl der Toten wird wohl niemals bekannt werden, da aussehend Hunderte von der Kata verfahren wurden. Obwohl der Lavafluß gegenwärtig zum Stillstand gelangt ist, lebt die Bevölkerung in der Umgebung des Vulkans ständig in Schrecken vor einem neuen Ausbruch.

In Brest-Litovsk (Polen) wurde ein Mann in dem Augenblick verhaftet, als er heimlich einen großen Reisetorb in den Gepäckwagen des nach Warschau abgehenden Schnellzuges hineinschieben wollte. Die Polizei fand in dem Korb die Leiche einer jungen Frau. Der Verhaftete gestand, die Frau, seine ehemalige Geliebte, ermordet zu haben.

Vielleicht war es nötig, einmal seine Sakramentsgefänge von der Jugendzeit bis zum späten Alter in so geschlossener Folge zu hören, um das überhaupt zu erkennen. Dem Kammerchor der Badischen Hochschule für Musik war damit freilich eine ungeheure Aufgabe gestellt, denn es handelte sich ja meist um A-cappella-Chöre, die an sich schon den Ausübenden größere Schwierigkeiten bereiten. Gegen Schluß ward denn auch vor allem bei den Frauenstimmen eine leichte Ermüdung unvermeidlich, mit deren Konstatierung übrigens nichts Nachteiliges gegenüber der außerordentlich aufopfernden und ungewöhnlich schönen Gesamtleistung des Chores gesagt sein soll. Gleich die Choralmesse aus dem Jahre 1844, dann das nebenstimmige Ave Maria, auch verschiedene andere, wohl für größere Besetzung gedachte Chöre wird man nicht bald für vollendet wieder hören als Resultat einer durchgreifenden Vorarbeit und einer bis ins minutiöseste gesteigerten Ensemblekunst. Mit gleich unergründlichem Respekt vor dem Kunstwert und mit demselben heißen Bemühen, nur dem Werk zu dienen und ihm seine Gerechtigkeit zu belassen, hatte zuvor Franz Philipp ein „Präludium und Fuge aus Bruckners „Florianter Organistenseit“ in eigener ergänzender Bearbeitung gespielt. Mit ähnlich enthusiastischer Hingabe erklang in der Mitte des stimmungsvollen Programms noch des Meisters einziges Streichquintett; besonders mit dem einer verklärten Erlösung zugewandten und an Göttliches rührenden Adagio griffen die Herren Reichler, Schmid, Panzer, Müller und Trautvetter bei der das Gotteshaus dicht füllenden Hörerschaft einen tiefen Eindruck hervor.

Ideal Klangliche Darstellung einer Bruckner-Sinfonie, das war der große, unergiebige Eindruck, den das

erste Sinfoniekonzert

der vereinigten Theaterorchester von Karlsruhe und Freiburg hinterließ. Nicht als ob der bescheidene Autor solch umfangreichen Instrumentalkörper unbedingt verlangt hätte, aber er hat ihn sich — darin Wahler nicht unähnlich — doch insgeheim gewünscht. Und Generalmusikdirektor Josef Krips war

Ein neuer Bankkrach

Neuerdings wird aus Berlin der Zusammenbruch der Reichsbundbank des Reichsbundes der höheren Beamten Berlin gemeldet. Einem Aktienkapital von nur 62 000 Reichsmark sollen Verbindlichkeiten von rund 5 Millionen Reichsmark gegenüberstehen. Es seien zwar Sicherheiten vorhanden, die aber in gar keinem Verhältnis zu den Schulden stehen, so ein Aktienposten von 700 000 M Darlehen an Beamte. Das „B. Z.“ meldet, daß die Schwierigkeiten ausschließlich auf die Geschäftsführung mit zurückzuführen sind.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich nun entschlossen, wegen der Zahlungseinstellung der Bank für Deutsche Beamte einzugreifen. Schon seit einiger Zeit schwebt gegen das frühere Vorstandsmitglied der Bank, Alois Weber, bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Antreue im Sinne des Genossenschaftsgesetzes. Der Oberstaatsanwalt hat sich nun entschlossen, das Verfahren auch auf die neu aufgetauchten Verdachtsmomente, die aus Anlaß des Zusammenbruchs der Bank viel erörtert wurden, auszudehnen.

Die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. zu Karlsruhe weist darauf hin, daß sie weder mit der „Bank für Deutsche Beamte in Berlin“ noch mit dem „Wirtschaftsbund Braunschweig“ in keinerlei geschäftlichen Beziehungen steht, und daß der Zusammenbruch dieser Banken die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. zu Karlsruhe deshalb nicht berührt. Sie ist ein vollständig selbständiges Unternehmen auf unbedingt gesunder Grundlage. Für die Mitglieder dieser Bank, sowie für die Geschäftswelt, sind deshalb Befürchtungen irgendwelcher Art grundlos.

Ebenso erklärt die Badische Beamtenbank, daß sie mit der Reichsbundbank AG, Vermögensverwaltungsstelle des Reichsbundes der höheren Beamten Berlin, die in der Nacht zum heutigen Samstag ihre Zahlungen eingestellt hat, nichts zu tun habe.

Die Skandalaffären

Noch kein Rücktritt Böß

Zu einer Nachricht, daß Oberbürgermeister Böß aus den Vorkommnissen in der Stadtverordnetenversammlung die Konsequenz ziehen und seinen sofortigen Rücktritt erklären würde, erklärt das „Mittagsblatt“, dies sei nicht der Fall. Oberbürgermeister Böß habe keine derartige Erklärung abgegeben. Oberbürgermeister Böß wolle seine weiteren Entschlüsse von dem Ausgang des Disziplinarverfahrens abhängig machen.

Ob die Stadtverordnetenversammlung, die, wie laut „Lokalanzeiger“ jetzt feststeht, am Donnerstag stattfinden wird, den Mißtrauensantrag der Kommunisten endgültig verabschieden kann, ist noch ungewiß. Die Mehrheit ist vorhanden und die Stellungnahme der Fraktionen in einem Punkt völlig klar: Sie verlangen, daß Oberbürgermeister Böß von seinem Posten scheidet.

Der belastete Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft

Die Berliner Kriminalpolizei hat bei Durchsicht der Bücher der Pelzfirma Wohlde, von der die Brüder Sklarek Geschenke für ihre Freunde bezogen, festgestellt, daß auch der jetzige Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Stadterordneter Prolat, der in der vorigen Woche von der kommunistischen Presse scharf angegriffen wurde, auf der Liste der Firma Wohlde erscheint. Prolat gab jetzt eine Darstellung, wonach die Brüder Sklarek seiner Frau um Weihnachten 1928 die Pelzfirma empfohlen haben. Daraufhin hätte Frau Prolat bei der Firma einen Pelz im Werte von 2000 M bestellt. Als die Firma keine Rechnung sandte, stellte sie heraus, daß einer der Brüder Sklarek den Pelz bereits bezahlt hatte. Prolat habe, so erklärte er, den Sklareks daraufhin schwere Vorwürfe gemacht und zu wiederholten Malen versucht, den Betrag zurückzuerhalten. Im März 1929 habe er einem der Brüder Sklarek die 2000 M in die Tasche gesteckt und erklärt, daß er nun jeden Verkehr mit den Brüdern Sklarek abbrechen. Eine Klärung über die 2000 M habe er leider nicht erhalten.

Eine Verhaftung in Stuttgart

W.B. Stuttgart, 9. Nov. (Tel.) Dr. Rudolf Jöpprich, der Leiter der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Wolldeckenfabriken Gebr. Jöpprich in Wergelstetten, ist verhaftet worden. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Ulm aaben den dringenden Verdacht des Betruges und des einfachen Bankrotts ergeben. Dr. Jöpprich hat gegen den Haftbefehl Beschwerde eingelegt.

Die deutsche Leichtathletikmannschaft, die im Länderkampf gegen Japan große Erfolge errungen hat, ist heute, Samstag, früh von ihrer Japanreise wieder in Berlin eingetroffen. Die Versicherungsgesellschaften haben die Übernahme des Risikos der Polarfahrt des „Graf Zeppelin“ abgelehnt.

Jedenfalls der geeignete Dirigent, um die verfügbaren Kräfte so zu sammeln, daß sie den Wichtigen des Schöpfers wirklich dienen und ein tiefes, persönliches Bekenntnis Bruckners vermitteln konnten. Gegenüber der Ersten, so ausschließlich sie an sich für die künftige Entwicklung sein mag, blieb das zwar mehr ein lobenswertes Unterfangen. Auch bei solch hartem Instrumentalaufwand offenbar ist doch noch einen allzu problematischen Stand und sagt eher einiges Bedäuliche über die Quellen, aus denen er schöpft, als aus über ihn selbst. Sogar durch das gemaltame Hervortreiben der oder jener Bläserstelle gewann die Aufführung deshalb keine größere Ähnlichkeit. Dagegen raffte bei der nachfolgenden Fünften sich die Wiedergabe zu um so gewaltigeren Aufschwüngen und Höhepunkten von unerhörter Intensität der Leidenschaft auf. Es sei nebenbei gesagt: In so rundervoller Vereinigung von Impuls und Arbeit, von Freiheit und Gebundenheit in der Führung der architektonischen Linie haben wir hier das Werk noch nie erlebt, und dank der insgesamt hervorragenden Helfer wurden die Staffeln seines Turmbaus kaum je bis zur letzten Domeswölbung beschränkt. Denn in den schmetternden Jubellängen des Finales gipfelte diesmal tatsächlich diese gigantische Exclamation eines, der mit sinsonischer Gebärde an die allerletzten Dinge rühren wollte. Das Kolossalgemälde, die die Herzen der Zuhörer bis ins Innerste und löste spontane Begeisterung aus nicht nur für den, der das Dirigenten-zepter schwang, sondern auch für die ganze Körperschaft, die mit dem Aufgebot besten künstlerischen Vermögens ihm keinen Augenblick ihre treue Gefolgschaft veragte. S. Sch.

Unter Leitung von Kapellmeister Dr. Heinz Knoll wird morgen, Sonntag, Bruckners Große Messe in F-Moll unter Mitwirkung der Karlsruher Chorvereingung, des Orchesters des Badischen Landes theaters mit Streichervertärkung des Orchesters des Stadttheaters Freiburg im großen Saale der Festhalle zu Karlsruhe aufgeführt. Solisten sind Josef Landwehr, Darmstadt, Alfriede Haberlorn, Dresden, Robert Vuk, Stuttgart, und Johannes Willy, Frankfurt. Die Orgel bedient Wilhelm Krauß, Karlsruhe.